

Berufsbildungspolitische Positionen zur Wahl

BWP befragt die im
Deutschen Bundestag
vertretenen Parteien

- ▶ **Uwe Schummer (CDU/CSU)** |
Obmann im Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- ▶ **Willi Brase (SPD)** |
Mitglied im Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- ▶ **Patrick Meinhardt (FDP)** |
Bildungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion
- ▶ **Kai Gehring (Bündnis90/Die Grünen)** |
Sprecher für Bildungs- und Hochschulpolitik der Bundestagsfraktion
- ▶ **Agnes Alpers (DIE LINKE)** |
Sprecherin für berufliche Aus- und Weiterbildung

Berufsbildungspolitische Positionen zur Wahl

BWP befragt die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien

Angesichts hoher Jugendarbeitslosenquoten in Europa erfährt die deutsche Berufsausbildung große Aufmerksamkeit. Doch welchen Beitrag können Erfahrung und Expertise aus Deutschland bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten? Und wie ist es um die Attraktivität der dualen Ausbildung im eigenen Land bestellt? Die Diskussionen um die Verabschiedung des Deutschen Qualifikationsrahmens haben deutlich gemacht, dass bei der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung im deutschen Bildungssystem erst ein Etappenziel erreicht ist. Weitere Umsetzungsschritte sind erforderlich.

Zu diesen Themen und Fragen hat die BWP im Vorfeld der Bundestagswahl Repräsentanten der im Bundestag vertretenen Parteien befragt. Die nachfolgenden Positionen zeigen Handlungsbedarf und Perspektiven für die kommenden Jahre auf.

BWP_ *Herr Schummer, wie können wir das duale Berufsausbildungssystem sowohl für leistungsschwache als auch für leistungsstarke Jugendliche attraktiver machen?*

Schummer_ Das Wichtigste ist eine frühzeitige und umfassende Information im Rahmen der Berufsorientierung. Frühzeitig bedeutet, dass drei Jahre vor der Schulentlassung dieses Thema in den Schulplänen aufgenommen wird. Dies gilt auch für Gymnasien, da nach unserem Verständnis akademische und duale Berufsausbildung gleichwertig sind. Mit einer assistierten Ausbildung sollten Jugendliche mit schlechten Startchancen schon frühzeitig in der Schule unterstützt werden und bis in eine Berufsausbildung hinein begleitet werden. Für leistungsstärkere Schüler sollte die berufliche und die akademische Ausbildung weiter verzahnt werden. Hierbei ist die Förderung von dualen Studiengängen wichtig. Die nunmehr erreichte rechtliche Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung sollte zukünftig durch ein gezieltes Förderinstrumentarium dazu führen, dass immer mehr beruflich Qualifizierte diesen Weg gehen können.

BWP_ *Das Bildungsketten- und Berufsorientierungsprogramm der Bundesregierung stößt auf positive Resonanz. Wie kann es flächendeckend ausgebaut werden und welche Rolle spielen dabei die Länder?*

Schummer_ Wir werden die Bildungsketten weiter systematisch fördern. Zur flächendeckenden Umsetzung der Instrumente ist eine stärkere Ko-Finanzierung der Länder, beispielsweise bei den Berufseinstiegsbegleitern, notwendig. Die Instrumente sollten auf kommunaler Ebene gebündelt werden.

BWP_ *Setzt auch die FDP bei der Attraktivitätsförderung auf den Ausbau der Berufsorientierung?*

Meinhardt_ Wir haben mit der dualen Ausbildung – mit der engen Verbindung von Betrieb und Schule – das beste berufliche Ausbildungssystem. Dies zeigt sich in einer europaweiten Finanzkrise jeden Tag aufs Neue. Unser Berufsbildungssystem bietet abwechslungsreiche und fordernde Karrierewege, setzt aber auch konsequent auf das Prinzip Leistung. Auch wir als FDP wollen deshalb die frühe Berufsberatung und -begleitung in der Schule deutlich ausbauen. Das ist unser eigentlicher bildungspolitischer Knackpunkt. Wer frühzeitig erkennt, was seine Begabungen und seine Leidenschaften sind, der wird auch in der Schule mit einem Ziel vor Augen anders lernen. Die Bundesregierung hat deswegen das Berufsorientierungsprogramm millionenstark ausgebaut. Es greift überall, wo es stattfindet. Wir wollen es flächendeckend für Deutschland. Und gerade Berufsbegleiter und Bildungslotsen sind enorm wichtig. Es ist nur schade, dass die Bundesregierung an den Stellen finanzieren muss, an denen sich zu viele Länder aus der Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler stellen.

Wir brauchen zudem einen Ausbau der erfolgreichen Einstiegsqualifizierung. Diese 40.000 Plätze für junge Menschen, die noch nicht voll ausbildungsreif sind, bieten eine hervorragende Chance, über ein Jahr in den Berufsalltag hineinzuschnuppern. Die zweijährigen Berufsausbildungen, die wir weiter stärken wollen, zeigen, dass für junge Menschen mit einem Hauptschulabschluss ganz konkrete Perspektiven geschaffen werden. Und die weitere deutliche Förderung der überbetrieblichen Bildungsstätten baut gerade die Angebote im ländlichen Umfeld und für kleinere Betriebe aus. Was wir aber noch deutlich stärker brauchen, ist die Exzellenzförderung in der beruflichen Bildung. Insbesondere auch der Übergang zur Hochschule steht hier im Zentrum. Dazu gehören eine Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf das

Hochschulstudium, mehr berufsbegleitende Studienangebote sowie Brückenkurse für beruflich Qualifizierte.

BWP_ *Herr Brase, wie wollen Sie das Berufsbildungssystem attraktiver machen?*

Brase_ Der systematische Ausbau unterstützender Begleitung von jungen Menschen sowie eine curricular verankerte Berufsorientierung während der Schulzeit ist unabhängig von den Leistungsniveaus ein zentraler Punkt. Beides sollte flächendeckend in Absprache mit den Ländern ausgebaut werden. Außerdem muss der Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung endlich auf die bewährten und praxisorientierten Instrumente – hier nenne ich die Einstiegsqualifizierung – konzentriert werden. Es ist nicht akzeptabel, dass rund 260.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz erhalten, obwohl die meisten durch ihren Schulabschluss eine hinreichende Vorbildung vorweisen. Die Diskussion um die mangelnde Ausbildungsreife muss endlich beendet werden. Die Schweiz zum Beispiel kennt diese Diskussion nicht, da die dortigen Kleinunternehmen schwächeren Bewerberinnen eine größere Chance einräumen.

Außerdem sollte die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und wissenschaftlicher Bildung verbessert werden, damit Absolventen in der beruflichen Bildung eine weitere Option eröffnet wird. Nicht allen nicht-akademischen Berufen lässt sich ein inhaltlich kompatibles Fach an der Uni zuordnen. Die systemischen Hürden müssen überwunden werden.

BWP_ *Sie sprechen die hohe Zahl unversorgter Bewerber an. Gleichzeitig klagen Unternehmen über unbesetzte Ausbildungsplätze. Wie lösen wir dieses Dilemma?*

Brase_ Zunächst: Ausbildungsmärkte sind regionale Märkte. Wenn man sich derzeit die Zahlen auf dem Ausbildungsmarkt anschaut, zeigt sich ein hohes Maß an regionalen Disparitäten. Das Verhältnis von Bewerbern und gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen ist nicht ausgeglichen. Aber auch in Regionen, in denen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage herrscht, gibt es erhebliche Passungsprobleme. In beiden Fällen muss das regionale Bildungsmanagement verbessert werden. Ich befürworte in diesem Zusammenhang sehr die so genannten Jugendberufsagenturen, die in Hamburg erfolgreich arbeiten. Unternehmen müssen sich auch vermehrt darauf einstellen, Jugendliche aufzunehmen, die noch Anlaufschwierigkeiten haben. Dazu gibt es verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten wie zum Beispiel die Ausbildungsbegleitenden Hilfen, die Berufseinstiegsbegleitung und die assistierte Ausbildung. Ich habe bereits die Kleinbetriebe in der Schweiz als Vorbild genannt.

BWP_ *Setzen auch die Grünen auf den Ausbau solcher Fördermaßnahmen?*

Gehring_ Unser Credo lautet: Gute Ausbildung für alle Jugendlichen statt Frust und Zeitverlust. Statt weiter im Übergangssektor auf Einzelfallmaßnahmen für rund 267.000 Jugendliche zu setzen,



WILLI BRASE

„Die Diskussion um die mangelnde Ausbildungsreife muss endlich beendet werden.“

brauchen wir eine strukturelle Reform des Berufsbildungssystems, die für einen systematischen und gelingenden Übergang von der Schule in die Ausbildung sorgt. Es ist bedauerlich, dass die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe in den letzten Jahren kontinuierlich auf zuletzt 21,7 Prozent gesunken ist, obwohl die konjunkturelle Lage gut ist und zunehmender Fachkräftemangel droht.

Eine Strukturreform muss daher dafür sorgen, dass mehr Betriebe ausbilden, für alle Ausbildungsinteressierten auch Ausbildungsangebote bereitstehen und die Maßnahmen des Übergangsdschungels in eine zielorientierte Struktur überführt werden.

Nach wie vor fehlen in Deutschland Chancen- und Bildungsgerechtigkeit: Jeder zehnte Erwachsene gilt als funktionaler Analphabet, jeder 15. bricht die Schule ab und der Zugang zu Bildung und der Bildungserfolg hängen noch immer stark von der sozialen Herkunft ab. Das wollen wir Grüne ändern! Zu früh wird sortiert, anstatt Kinder individuell zu fördern und ihnen Zeit zu geben, sich zu entwickeln. In unseren Schulen gelingt es zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen. Problematisch ist auch, dass nach der Schule weiter sortiert wird: Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder Hauptschulabschluss werden deutlich seltener zu Bewerbungsgesprächen eingeladen, landen häufiger als andere Jugendliche in Übergangsmaßnahmen statt direkt in guter Ausbildung.

Wir würden mit den zahlreichen zuständigen Ressorts auf Bundes- und Landesebene versuchen, die ausstehende Strukturreform in der beruflichen Bildung endlich anzupacken. Denn wir wollen, dass alle einen Ausbildungsabschluss erreichen und kein Talent mehr vergeudet wird. Das leistet unser Konzept DualPlus, welches das duale System um überbetriebliche Lernorte erweitert. Alle Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen haben, schließen einen Ausbildungsvertrag mit diesem zusätzlichen Lernort ab. Ab dem ersten Tag befinden sich die Auszubildenden auf dem Weg zum anerkannten Berufsabschluss. Leistungsstarke können an den überbetrieblichen Lernorten ihr Fachabitur erwerben.

BWP_ *Frau Alpers, wie wollen die Linken den Spagat meistern, das Berufsbildungssystem sowohl für leistungsschwächere als auch für leistungstärkere Schulabgänger attraktiv zu gestalten?*

Alpers_ Wir wollen, dass die Berufsausbildung im dualen System für alle Menschen attraktiv ist – unabhängig von schulischen Vorleistungen, Alter, Herkunft oder Geschlecht. Dafür muss die Aus-

bildung eine gute Ausbildungsvergütung sowie eine gute Qualität aufweisen, sowohl in der betrieblichen Praxis als auch im schulischen Theorieteil. Eine Ausbildung ist auch nur dann attraktiv, wenn eine Übernahme in unbefristete Vollzeitstellen nach dem Ausbildungsabschluss, aber auch Weiterbildungs- oder Studiemöglichkeiten, gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind. Erfüllt eine Ausbildung all diese Voraussetzungen, weckt sie auch Interesse bei vielen jungen Menschen. Für junge Menschen mit einem niedrigen oder keinem Schulabschluss ist die wesentliche Frage, ob sie überhaupt einen Ausbildungsplatz erhalten, denn ohne haben sie nur begrenzte berufliche Perspektiven. Während der Ausbildung selbst benötigen sie individuelle Unterstützung und Betreuung durch gut ausgebildetes Personal. Statt in diesem Bereich zu kürzen, sollten Beratungs-, Begleitungs- und Berufsorientierungsleistungen ausgebaut werden. Hier gilt: diese Maßnahmen müssen verlässlich in Ausbildung führen.

UWE SCHUMMER

„Nach dem Motto ‚Berufliche Bildung grenzenlos‘ sollten wir die Mobilität in der Berufsausbildung über die Grenzen hinweg erhöhen.“



Foto: Sven Siewert

BWP_ *Die hohe Jugendarbeitslosigkeit bereitet den Menschen in Europa Sorgen. Der Blick richtet sich nach Deutschland. Welchen Beitrag können wir leisten, Herr Brase?*

Brase_ Die jungen Menschen brauchen in der Tat nicht nur unsere Solidarität, sondern auch konkrete Unterstützung. Diese darf aber nicht als Almosen gestaltet werden und muss in den betroffenen Ländern selbst ansetzen. Deutschland kann die notleidenden EU-Mitgliedstaaten auf Wunsch bei der strukturellen Reform ihrer Berufsbildungssysteme unterstützen. Dabei sind unsere Erfahrung bei der Implementierung des dualen Berufsbildungssystems in den neuen Ländern nach 1990 wertvoll und sollten genutzt werden. Man kann nicht einfach das deutsche duale System mit einem Fingerschnippen in die betroffenen Länder übertragen, sondern es braucht eine kooperative Zusammenarbeit mit allen Partnern der dualen Ausbildung wie Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Die von der EU vorgesehenen sechs Milliarden Euro für fast sechs Millionen arbeitslose Jugendliche in sechs Jahren sind nicht ausreichend. Wenn man jungen Menschen eine ernsthafte Perspektive geben möchte, braucht es eine wesentlich höhere Summe in Verbindung mit sinnvollen Beschäftigungs- und Qualifizierungsperspektiven.

BWP_ *Herr Gehring, wird das duale Ausbildungsmodell in seiner Wirkung möglicherweise überschätzt?*

Gehring_ Grundvoraussetzung für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist, die geschwächte Wirtschaft wiederzubeleben. Denn nur eine ausreichende Anzahl prosperierender Betriebe, die über geschultes Personal verfügen und Ausbildungsvergütungen zahlen können, sind in der Lage, die benötigten Fachkräfte der Zukunft auszubilden.

Die Kooperation in der beruflichen Bildung und die Einführung dualer Ausbildungssysteme in anderen Ländern kann nur ein Teil einer konsistenten europäischen Gesamtstrategie für Jugend-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik sein. Die Bundesregierung darf nicht den Eindruck erwecken, als könnten duale Ausbildungssysteme quasi über Nacht eingeführt werden und die Jugendarbeitslosigkeit lösen. Die Voraussetzungen sind komplex: Berufsschulen und feste Strukturen der Zusammenarbeit von Gewerkschaften mit Arbeitgebern sowie mit Industrie- und Handelskammern, die die Qualität der Ausbildung sichern, lassen sich nur mittelfristig aufbauen. Bei der Umsetzung der „europäischen Jugendgarantie“ ist zudem auf die Qualität der Angebote und ihre Anschlussfähigkeit zu achten.

BWP_ *Wo gilt es Ihrer Meinung nach, Herr Schummer, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit anzusetzen?*

Schummer_ Wir sollten Elemente der dualen Ausbildung in Griechenland, Spanien und Portugal anbieten. Das geht auch über die deutschen Unternehmen und Kammern in den Ländern. Dies ist sicher ein sehr langfristiger Ansatz, der aber deshalb nachhaltig ist, weil neben der Ausbildung auch die damit verbundene Handwerkskultur gefördert wird. Gleichzeitig sollten auch mehr Auszubildende in Deutschland die Chance für grenzüberschreitende Erfahrungen erhalten.

Die internationale Ausrichtung der Unternehmen erfordert zunehmend Auszubildende, die Fremdsprachenkenntnisse erwerben und offen für andere Länder sind. Nach dem Motto „Berufliche Bildung grenzenlos“ sollten wir die Mobilität in der Berufsausbildung über die Grenzen hinweg erhöhen.

BWP_ *Frau Alpers, Herr Meinhardt, ist die Förderung von Mobilität ein probates Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit?*

Alpers_ Wir begrüßen, dass junge Menschen in Europa mobil sind. Mobilität darf aber nicht bedeuten, dass wir die Situation der notleidenden EU-Staaten dazu nutzen, um unseren Fachkräftebedarf zu sichern. Menschen benötigen da Perspektiven, wo sie leben möchten.

Der Schwerpunkt des deutschen Beitrags sollte darin bestehen, die Länder zu unterstützen, ein System in Richtung Dualität in ihrem eigenen Land aufzubauen. Die Voraussetzung ist, dass junge Menschen, Betriebe und Politik für ein neues Theorie-Praxis-Verhältnis gewonnen werden können. Für den Einblick und

den Aufbau einer dualen Ausbildung sollten Kooperationen zwischen Betrieben, jungen Menschen und Politik aus beiden Ländern aufgebaut werden.

Der Erfolg, eine duale Systematik zu implementieren, wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Qualität der Ausbildung gleichwertig zur bisherigen Form auszugestalten und inwieweit die Chance eröffnet wird, nach einem Abschluss eine gut bezahlte Arbeit aufzunehmen. Außerdem sollte durch die Auslandshandelskammern der Länder gewährleistet werden, dass durch eine Angleichung der Ausbildungsrahmenpläne die Anerkennung der Abschlüsse europaweit gesichert wird.

Meinhardt_ Zunächst einmal gilt: Unsere eigene Ausbildungs- politik nicht in Frage stellen, sondern diese stolz auf die Leistung vor allem des Mittelstandes als Garant gegen die Krise erkennen. Wir müssen unseren wirtschaftlichen Weg konsequent fortsetzen, um die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland weiterhin so niedrig zu halten und sie noch weiter zu reduzieren.

Derzeit liegt in europäischen Staaten wie Griechenland und Spanien die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50 Prozent, in Europa insgesamt bei erschreckenden 25 Prozent. Und wir haben es mit jungen, motivierten Menschen zu tun, die wir nicht in die Perspektivlosigkeit treiben dürfen. Deswegen müssen wir weiterhin in Europäischen dualen Ausbildungskonferenzen allen Partnerländern dabei zur Seite stehen, wenn sie Schritt für Schritt ihre Berufsausbildung praxisorientiert umbauen wollen. Und als Sofortmaßnahme sozusagen unter dem Motto: „Gehe nach Europa!“ bieten wir jungen Menschen aus den Krisenstaaten an, in Deutschland ihre Ausbildung zu durchlaufen, um dann wieder auch mit dem unternehmerischen Geist des Mittelstandes in ihr Land zurückzukehren.

BWP_ *Mobilität in Europa setzt voraus, dass Bildungsabschlüsse vergleichbar sind. Welche Bedeutung haben für Sie, Herr Meinhardt, der Europäische und der Deutsche Qualifikationsrahmen?*

Meinhardt_ Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich dem Bürokratiemonster des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) noch immer äußerst kritisch gegenüberstehe. Wir brauchen in Europa bei der Bildung und Ausbildung mehr Flexibilität, mehr Vergleichbarkeit und mehr Durchlässigkeit. Aber zu viele Brüsseler Bürokraten glauben diese auf Punkt und Komma in Beton gießen zu können und könnten am Schluss damit eher das Gegenteil bewirken.

Im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) mussten gerade wir als FDP eisenhart dafür kämpfen, dass die Abschlüsse der Berufsausbildung auch wirklich ihrer Wertigkeit bekommen. Erst mussten wir in Europa aufklären, was eine duale Ausbildung ist – heute weiß das jeder! – und wie sie zu bewerten ist. Gegen harten Widerstand haben wir auch erreicht, dass der Meisterabschluss nun auf derselben Niveaustufe steht wie der akademische Bachelor. Es geht um die ordentliche Anerkennung der hervorragenden beruflichen Ausbildung und die für uns als Liberale so wichtige Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung.



Foto: Renate Blanke

AGNES ALPERS

„Eine gute Bildung gekoppelt mit einer gesetzlichen Ausbildungs- garantie: So können wir Zukunft gestalten.“

BWP_ *Welche Schritte sind aus Ihrer Sicht, Herr Gehring, zur weiteren Umsetzung des DQR erforderlich?*

Gehring_ Wir Grüne befürworten einen europaweiten Bildungs-, Ausbildungs- und Hochschulraum. Daher wollen wir den DQR zu einem umfassenden und wirksamen Instrument europäischer Mobilität entwickeln. Um ein Haar wäre der EQR ausgerechnet an Deutschland gescheitert. Der Anfang 2012 geschlossene Kompromiss zum DQR war nur ein erster Schritt, mit dem die Bundesregierung ihr jahrelanges Nichtstun beendet hat. Die strittige Einordnung der Schulabschlüsse wurde einfach ausgeklammert. Gut daran ist, dass der Meister dem Bachelor gleichgestellt ist. Bisher bleibt der DQR auf halber Strecke stehen. Sowohl die Einordnung des Abiturs als auch der non-formalen Bildung auf den Kompetenzstufen ist ungelöst. Die Bundesregierung hat sich aber mit den Ländern über den Start einer schrittweisen Einführung ab diesem Sommer verständigt. Als Bundestagsfraktion haben wir dafür gekämpft, das Abitur auf Qualifikationsstufe vier einzuordnen, um die Gleichwertigkeit mit mindestens dreijährigen beruflichen Erstausbildungen sicherzustellen. Wir Grüne streiten weiter für die angemessene Einordnung der beruflichen Bildung und für die Anerkennung der non-formalen Bildung.

BWP_ *Herr Brase, wie lässt sich der DQR mit Leben füllen, sodass er für den einzelnen spürbar Wirkung entfalten kann?*

Brase_ Den Deutschen Qualifikationsrahmen kann man nicht ohne den Europäischen Qualifikationsrahmen denken. Wenn über den EQR Qualifikationen der unterschiedlichen Bildungs- und Arbeitssysteme in Europa leichter vergleichbar werden, ist für die EU-Bürger ein großer Schritt in Richtung grenzüberschreitender Mobilität und lebenslanges Lernen geschaffen. Wichtig ist, dass auch soziale Kompetenzen und Arbeiterfahrung richtig abgebildet werden und am Ende das ganze Verfahren nicht so verbürokratisiert ist, dass niemand mehr durchblickt.

Aus deutscher Sicht – das möchte auch ich betonen – ist es äußerst bedauerlich, dass es aufgrund der Kultusministerkonferenz nicht zu einer Einordnung der allgemeinbildenden Schulabschlüsse kam. Das macht sich an der Entscheidung fest, das Abitur und die duale Berufsausbildung nicht gemeinsam auf Stufe vier zu verorten. An dieser Stelle hätte man ein deutliches Zeichen für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung setzen können.

BWP_ Frau Alpers, Herr Schummer, welche Chancen sehen Sie, mit dem DQR die Gleichwertigkeit von allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüssen weiter voran zu bringen?

Alpers_ Die Idee des Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmens ist, erworbene Kompetenzen mithilfe von Niveaustufen zu vergleichen. Wir unterstützen den Schritt, Abschlüsse nicht miteinander in Konkurrenz zu setzen, sondern Kompetenzen, egal wo sie erworben worden, als gleichwertig einzustufen. Damit wird die Durchlässigkeit in der Bildung gesichert. Da in Deutschland die Zuordnung aller Kompetenzen am Streit über die Einordnung des Abiturs auf Stufe vier neben einer vollqualifizierenden Ausbildung scheiterte, beschloss die Bundesregierung, alle schulischen Abschlüsse nicht in den DQR aufzunehmen.

Die Linke hat sich klar dafür ausgesprochen, dass sowohl Abitur als auch die abgeschlossene Berufsausbildung auf Niveau vier des DQR verortet werden. Beide Abschlüsse sind zwar nicht gleich, aber gleichwertig. Des Weiteren werden wir uns dafür einsetzen, dass entsprechend der Grundidee des EQF neben den formalen auch die non-formalen und informellen Kompetenzen einbezogen werden. Nur dann ist eine wirkliche Vergleichbarkeit aller Kompetenzen und Qualifikationen und die Feststellung ihrer Gleichwertigkeit gegeben.

Schummer_ Der Deutsche Qualifikationsrahmen wird derzeit getestet. Wir sollten die Reaktionen der Unternehmen aufarbeiten und den Prozess weiterentwickeln. Er ist noch unvollständig, da das Abitur bei der Bewertung noch nicht aufgenommen ist. Uns ist wichtig, dass der Qualifikationsrahmen nicht fragt, woher Du kommst, sondern was Du kannst.

PATRICK MEINHARDT

„Das duale System ist der Anker der beruflichen Bildung für Deutschland.“



Foto: Photothek.net

BWP_ Gesetz den Fall schwarz/gelb erhält für weitere vier Jahre Regierungsverantwortung. Herr Schummer, Herr Meinhardt, was steht berufsbildungspolitisch auf der Agenda?

Schummer_ Wir brauchen für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf eine assistierte Ausbildung und die Bündelung der unterschiedlichen Förderebenen auf kommunaler Ebene. Mit ausbildungsbegleitenden Hilfen und einer kontinuierlichen Begleitung und Anleitung im Rahmen einer assistierten Ausbildung wollen wir Jugendliche ohne Umwege und ohne Warteschleife direkt in eine Berufsausbildung bringen. Wir wollen eine Ausbildungs-

garantie, sodass jedem Schulabgänger, der nach sechs Monaten noch keine Ausbildung oder Arbeit gefunden hat, eine Qualifizierung angeboten wird. Hierzu bedarf es des Informationsaustausches zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Jeder wird gebraucht. Jeder kann etwas. Die Ausbildungsgarantie verbessert die Chancengerechtigkeit, für jeden, der will und sich bemüht.

Meinhardt_ Die FDP hat sich stets zur dualen Ausbildung bekannt. Das System ist der Anker der beruflichen Bildung für Deutschland. Im Unterschied zu unseren politischen Konkurrenten haben wir nie das Ziel verfolgt, die betriebliche Berufsausbildung zugunsten außerbetrieblicher Modelle zurückzudrängen oder die Akademisierung der Ausbildungsgänge zu forcieren.

Wir brauchen jedoch mehr Flexibilität im System, mehr ein- und zweijährige Ausbildungen mit einem Abschluss, auf den die Auszubildenden auch aufbauen können. Schon heute zeigt es sich, dass bei den in den letzten Jahren geschaffenen zweijährigen Ausbildungen 60 Prozent der jungen Menschen einen Hauptschulabschluss haben und damit eine neue Einstiegschance ins Berufsleben erhalten.

Nach der Bundestagswahl werden wir weiter daran arbeiten, mehr jungen Menschen eine sehr gute und attraktive Ausbildung zu bieten. Sei es im beruflichen, im akademischen oder im immer wichtigeren Weiterbildungsbereich. Unser liberales Credo ist, Bildung zu einer Lebensaufgabe zu machen.

BWP_ Die FDP fordert eine zweite Chance für diejenigen, die nach der Schule oder der Ausbildung ohne Abschluss bleiben. Was muss getan werden?

Meinhardt_ Ich fordere nicht nur eine zweite, sondern eine dritte und eine vierte Chance. Es gibt junge Menschen, die Frühstarter oder Spätzünder sind, die mit den Inhalten der Schule nichts anfangen können und erst später in der Praxis aufblühen, die erst in ein Studium reingehen und dann merken, dass es nicht das richtige für sie ist. All diese jungen Menschen haben eine Begabung, haben eine Fähigkeit. Und diese zu entdecken, zu fördern und sie dann auch zu fordern, ist das wichtigste Prinzip eines Landes, für das Bildungsaufstieg und Bildungsgerechtigkeit im Zentrum stehen muss. Deswegen werden wir die ganz persönliche Bildungsberatung massiv stärken, die Praxis noch mehr und noch früher in die Schule lassen und mit dem Grundmotto: „Kein Abschluss ohne Anschluss!“ flexible Wege ausbauen.

BWP_ Frau Alpers, wo wird die Linke Akzente setzen?

Alpers_ Die Linke hält an der dualen Berufsausbildung fest. Um die jahrzehntelange Ausbildungsmisere zu überwinden, wollen wir eine gesetzliche Ausbildungsumlage einführen. Gleichzeitig setzen wir ein Sofortprogramm zur Unterstützung ein. Alle Maßnahmen, ob berufsvorbereitend, ausbildungsbegleitend oder Weiterbildungen für über 25-Jährige führen verlässlich zum Berufsabschluss. Unterstützende Fachkräfte werden tariflich bezahlt. Mit allen an Ausbildung Beteiligten errichten wir eine

kommunale, rechtsübergreifende Institution zur Ausbildungsvermittlung. Kleine und mittlere Betriebe wollen wir durch die Umlage unterstützen, damit sie Ausbildungen durchführen und überbetrieblich Anteile organisieren sowie regionale Bedarfsplanungen und Anreize für Mobilität ausbauen können. Ein anderer Schritt besteht darin, Veränderungen im Sozialgesetzbuch vorzunehmen. So muss zum Beispiel die Vermittlung in Ausbildung vor der Vermittlung in Arbeit stehen. Außerdem stehen wir für gute Bildung von Anfang an, daher wollen wir das Kooperationsverbot für alle Bildungsbereiche aufheben. Eine gute Bildung gekoppelt mit einer gesetzlichen Ausbildungsgarantie: So können wir Zukunft gestalten.

BWP_ *Warum halten Sie eine gesetzliche Ausbildungsumlage für notwendig? Reichen die Maßnahmen im Ausbildungspakt nicht aus?*

Alpers_ Wenn wir erreichen wollen, dass alle ausbildungsinteressierten Menschen eine Ausbildung erhalten, kommen wir am Recht auf Ausbildung und an einer gesetzlichen Umlagefinanzierung nicht vorbei. Laut Ausbildungspakt sollten von 2010 bis 2014 jährlich 60.000 Ausbildungsplätze neu geschaffen und 30.000 Betriebe angeworben werden. Fakt ist aber: Die Beteiligung der Betriebe reduziert sich jährlich. Im letzten Jahr bildeten nur noch 21,7 Prozent aller Betriebe aus und die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat den zweitniedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Die Ausbildungsmisere geht also weiter. Immer noch haben wir 2,2 Millionen Menschen bis 34 Jahre ohne Berufsabschluss. Dieser Ausbildungspakt hat seine Wirkung eindeutig verfehlt. Deshalb bleiben wir dabei: Ausbildung für alle – das schafft Perspektiven. Statt verfehlter Selbstverpflichtungen wollen wir die Betriebe verbindlich in die Pflicht nehmen. Die Umlage ist aber keine Sanktion, sondern eine Investition in die Zukunft: Für die einzelnen, für die Betriebe, ihren Nachwuchs auszubilden und für die gesamte Volkswirtschaft.

BWP_ *Herr Brase, was wird sich ändern, wenn die SPD Regierungsverantwortung übernimmt. Wo liegen Ihre Schwerpunkte in der Berufsbildung?*

Brase_ In einigen Branchen muss die Qualität der Ausbildung verbessert werden. Symptomatisch sind hier eine niedrige Ausbildungsvergütung, eine hohe Zahl von Überstunden und schlechte Ausbildungsbedingungen. Ein Gradmesser ist die Quote der vorzeitigen Vertragslösungen. Ist diese hoch, ist das häufig ein Zeichen für eine nicht ausreichende Ausbildungsqualität – ein Zustand, den wir uns vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs und der demografischen Entwicklung nicht leisten können. Die Qualität muss auch in den Berufsschulen stimmen. Deshalb müssen wir gemeinsam mit den Ländern den Nachwuchs an Berufsschullehrerinnen und -lehrer sicherstellen. Auch muss eine vernünftige Ausstattung der Berufskollegs und -schulen gewährleistet sein.

Wir wollen eine Ausbildungsgarantie umsetzen. Jeder junge Mensch soll das Recht auf einen Ausbildungsplatz haben. Wir wollen durch von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds für eine bedarfsgerechte Zahl an Ausbildungsplätzen sorgen. Außerdem werden wir eine Debatte über einen eigenständigen dualen Berufsausbildungsweg von der Ausbildung bis zur Hochschule anstoßen. Es gibt nach wie vor Schwierigkeit beim Übergang von der beruflichen zur akademischen Bildung.



Foto: Stefan Kaminski

KAI GEHRING

„Langfristig können wir nur ein Vorbild für andere Länder sein, wenn wir unser Ausbildungssystem mutig weiterentwickeln.“

BWP_ *Die Grünen setzen auf „DualPlus“. Herr Gehring, was genau beinhaltet dieses Konzept?*

Gehring_ Mit DualPlus wollen wir das Rad nicht neu erfinden, sondern erfahrene Akteure vor Ort klug einbinden. Unser Ziel ist ein echtes duales Ausbildungsangebot für alle Jugendlichen. Deshalb wollen wir je nach regionaler Lage bestehende überbetriebliche Ausbildungsstätten, Bildungsträger oder gut ausgestattete Berufsschulen in überbetriebliche Lernorte umwandeln. Der Vorteil ist, dass wir das erfahrene, gut ausgebildete pädagogische Fachpersonal weiterbeschäftigen und bei Bedarf entsprechend weiterbilden können. An den überbetrieblichen Lernorten neben Berufsschule und Betrieb kommen leistungsschwächere wie -stärkere Jugendliche in den Genuss einer passgenauen individuellen Förderung. Stärken können gezielt gestärkt, Schwächen ausgeglichen werden.

Ohne die Lehrinhalte zu reduzieren, wollen wir in enger Kooperation mit den Sozialpartnern alle Ausbildungsberufe in Ausbildungsbausteine einteilen und zugleich das Berufsprinzip stärken. Da sie einzelne Bausteine anbieten können, würde die Ausbildungsbeteiligung kleinerer Betriebe wieder steigen. Das Ausbildungssystem wäre krisenfester, weil konjunkturabhängiger. Langfristig können wir nur ein Vorbild für andere Länder sein, wenn wir unser Ausbildungssystem mutig weiterentwickeln.

(Interviews: Katharina Rempel, Arne Schambeck)

Impressum

BWPplus, Beilage zur Zeitschrift Berufsbildung
in Wissenschaft und Praxis – BWP

Herausgeber

Bundesinstitut für Berufsbildung, Der Präsident,
Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn

Redaktion

Christiane Jäger (verantw.), Dr. Thomas Vollmer (stellv. verantw.)
Stefanie Leppich, Katharina Reiffenhäuser, Katharina Rempel,
Arne Schambeck
Bundesinstitut für Berufsbildung
53142 Bonn
Telefon 02 28 / 107-1723/24
E-Mail: bwp@bibb.de, Internet: www.bibb.de

Titelfoto

Deutscher Bundestag – Marc-Steffen Unger

Gestaltung

Hoch Drei GmbH, Berlin

Verlag

W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld
Telefon 05 21/911 01 11, Telefax 05 21/911 01 19
E-Mail: service@wbv.de, Internet: www.wbv.de

Ein Einzelheft der BWP mit Beilage BWPplus kostet
7,90 € und ein Jahresabonnement 39,70 €
(6 Hefte und Archiv-DVD) zzgl. Versandkosten.

ISSN 0341-4515

BWP plus

BWP 4/2013 Attraktivität der Berufsausbildung

Editorial (Esser)

Berufsbildung in Zahlen
**Jugendliche in Ausbildung:
Berufswünsche und weitere berufliche
Pläne** (Michael Friedrich)

Themenschwerpunkt
**Chancen und Perspektiven einer
beruflichen Ausbildung**
(Interview mit vier Auszubildenden)

**Motive, Karriere- und Lebensziele von
Auszubildenden** (Laub, Fuchs)

**Berufliche Grundbildung Fachleute
Gesundheit in der Schweiz: Laufbahnziel
oder Sprungbrett?** (Trede, Kriesi)

**Wie lässt sich das Image der dualen
Berufsausbildung fördern?** (Gei, Hucker)

**Rückgänge bei Ausbildungsverträgen:
Beeinträchtigen sie die Ausbildungs-
bereitschaft?** (Troltsch, Mohr, Gerhards)

**Duale Studiengänge – Praxisnahes Erfolgs-
modell durch Bestenauslese** (Kupfer)

Ausbildungssituation in Deutschland
(Ulrike Friedrich)

**SWITCH – Die verkürzte Berufsausbildung
für Studienabbrecher** (Gronostaj)

**Die Attraktivität dualer Berufsausbildungs-
systeme bewahren**
Reformen in Österreich und in der Schweiz als
beachtenswerte Beispiele (Greinert)

**Warum duale Berufsbildung auch relativ
unattraktiv sein kann** (Ghisla, Bausch,
Boldrini)

**Attraktivität beruflicher Bildung
in Europa** (Dunkel)

**Was macht die duale Ausbildung für
das Ausland attraktiv?**
(Thomann, Le Mouillour)

DQR Konkret
**Strategien zur Koordinierung
konsensualer Entscheidungsprozesse –
das Beispiel DQR** (Klenk)

Weitere Themen
**Von der Einzelteilmontage zur Prozess-
überwachung** (Padur, Prakopchyk)

**Modernisierung der luftfahrttechnischen
Berufe abgeschlossen** (Bertram, Schenk)



Vorschau auf die nächsten Ausgaben:

BWP 5/2013 Fachkräftequalifizierung weltweit

BWP 6/2013 Neue Technologien und nachhaltige Entwicklung

BWP 1/2014 Berufsorientierung